



CORINNE MICHAELA FLICK (HG.)

NEUE KONSTELLATIONEN
DER GEGENWART:
ANNÄHERUNGEN,
INSTITUTIONEN UND
LEGITIMITÄT

WALLSTEIN

CONVOCO! EDITION

Neue Konstellationen der Gegenwart:
Annäherungen, Institutionen und Legitimität

Neue Konstellationen der Gegenwart: Annäherungen, Institutionen und Legitimität

Herausgegeben von
Corinne Michaela Flick

WALLSTEIN

CONVOCO! EDITION

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2021
www.wallstein-verlag.de
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Jade Blanchard-McKinley

ISBN (Print) 978-3-8353-3931-6
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4659-8
ISBN (E-Book, epub) 978-3-8353-4660-4

For perhaps the first time in history, people around the world are having the same conversations and sharing the same fears ... It might only be for this weird moment in our history, but we cannot deny that we are currently experiencing what it feels like to live in One World.

Ivan Krastev (2020)

Inhalt

Einführung	II
Thesen	19
Udo Di Fabio	
Die neue geopolitische Konstellation: Legitimitätskonflikte zwischen Institution und Aktion	25
Stefan Koriath	
Legitimität in der neuen Weltordnung	43
Maha Hosain Aziz	
Unsere globale Legitimitätskrise	55
Rudolf Mellinghoff	
Woher nehmen NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure ihre Legitimation?	69
Clemens Fuest	
Die »Soziale Verantwortung« der Unternehmen: Neue Allianzen zwischen Politik und Wirtschaft?	91

INHALT

- Eugénia C. Heldt
Sind internationale Organisationen die tragischen
Helden der heutigen globalen Weltordnung? . . . 113
- Wolfgang Schön
Fehlt eine Weltregierung? 129
- Bazon Brock
Wer den zerstörerischen Ernstfall
verhindern will, muss mit ihm rechnen 139
- Stefan Oschmann
Kooperation stärkt das Immunsystem
der Weltgemeinschaft 145
- Timo Meynhardt
Gemeinwohl in Bewegung:
Die Pandemie als Katalysator 161
- Christoph G. Paulus
Wieder-Annäherungen in Europa 179
- Sven Simon
Ein neues Bündnis der Demokratien 193
- Gisbert Rühl
Europa sollte in der Digitalisierung verstärkt
zusammenarbeiten 205
- Garrett Wallace Brown mit Convoco im Gespräch
Wie COVID-19 die globale Gesundheitspolitik
herausfordert 219

Lothar H. Wieler

COVID-19 und das Robert Koch-Institut:
Rahmenbedingungen und Grundsätzliches zur
Bekämpfung einer Pandemie in Deutschland . . . 243

Jörn Leonhard

Corona als globale Epochenäsur?
Historische Annäherungen 263

Die Beiträgerinnen und Beiträger 283

Einführung

Liebe Convoco-Freunde,
als sich das Thema *Neue Konstellationen der Gegenwart: Annäherungen, Institutionen und Legitimität* entwickelte, waren die sich verändernden Formationen erst im Keim wahrnehmbar. Jetzt ist offensichtlich, wie sehr das Thema unsere heutige Welt und das neue Bewusstsein widerspiegelt. Durch COVID-19 sind die neuen Kooperationen und Verbindungen stärker zum Vorschein getreten, ein neues Gefühl der Solidarität findet transnationalen Ausdruck. Der Wert des Gemeinwohls ist deutlicher geworden und hat eine globale Ausprägung erhalten. Bezugspunkt ist nicht mehr ausschließlich der Nationalstaat. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht auch das Aufkommen starker nationaler Interessen beobachten. Diese gegensätzlichen Entwicklungen gehen Hand in Hand. Auf den ersten Blick scheinen sie sich auszuschließen, doch das Zusammengehören von Paradoxien ist ein entscheidendes Merkmal der neuen Zeit.¹

Man kann immer mehr länderübergreifende Initiativen beobachten. Themen wie Klima, Umweltverschmutzung und Pandemien kennen keine Ländergrenzen und erfordern daher stärkere Kooperation der Weltgemeinschaft. Transnationale zivilgesellschaftliche

Bewegungen sind Ausdruck eines neuen Verantwortungsgefühls sowie eines Bewusstseins für unsere gegenseitige Abhängigkeit. Auf staatlicher Ebene sehen wir neue Formen der internationalen Zusammenarbeit. Die globalen Strukturen befinden sich in Transformation. Während der Multilateralismus an vielen Stellen unter Druck gerät, entstehen neue Formationen des Plurilateralismus. So ist zum Beispiel unter der Führung von China im ostasiatischen Raum mit Indonesien und Australien die größte Freihandelszone der Welt, die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), entstanden.

Wir sehen vermehrt Partnerschaften zwischen Regierungen und privaten Akteuren in Bereichen, die ursprünglich hoheitlich waren. Die Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen hat sich zum Beispiel im Bereich Cyber Security als unabdingbar herausgestellt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) betätigen sich vermehrt in traditionell hoheitlichen Aufgabengebieten. Sie treten als Mediatoren in Konflikten auf, wo die Staatengemeinschaft zunehmend unfähig ist, Lösungen zu finden. »The new tech activist« ist ein bisher nicht dagewesenes Phänomen. Unternehmer wie Bill Gates oder Michael Bloomberg übernehmen globale Verantwortung für Themen wie Gesundheit oder Umwelt. An der Bill & Melinda Gates Foundation wird die zwiespältige Rolle vieler neuer Mitwirkender deutlich: einerseits als Brückenbauer, die vernetzen, andererseits als eigenständige Akteure, die die politische Agenda beeinflussen. Diese Handelnden beanspruchen eine aus ihrer selbstgesetzten Aufgabe hergeleitete Legitimation, »sei sie aus moralischer Autorität, Sachkenntnis oder

kritischer zivilgesellschaftlicher Begleitung drängender Fragen wie der Energieversorgung oder des Schutzes der Umwelt«.²

Der UN-Generalsekretär António Guterres sprach mahnende Worte:

Die Nationen, die sich vor mehr als sieben Jahrzehnten durchgesetzt haben, haben sich geweigert, über Reformen nachzudenken, die zur Änderung der Machtverhältnisse in internationalen Institutionen erforderlich sind. [...] Ein neues Modell für Global Governance muss auf einer vollständigen, integrativen und gleichberechtigten Beteiligung an globalen Institutionen beruhen.³

Für die Erneuerung unserer bestehenden Institutionen bedarf es der Staatskunst und Führungskraft bei den Weltmächten. Mit Blick auf die zunehmend isolationistischen USA gibt es für die nahe Zukunft jedoch wenig Hoffnung, dass wir diese von der traditionellen Führungsmacht des Westens erwarten können. Eine Abkehr von Europa ist bereits seit der Amtszeit von Präsident Obama zu beobachten. Diese Situation bietet allerdings Europa die Chance, das Vakuum zu füllen und mehr globale Verantwortung zu übernehmen, vorausgesetzt Europa schafft es, verstärkt geschlossen aufzutreten. Es gibt viele Ansätze, wie Europa zu mehr Kooperation gelangen kann, nun gilt es, diese Ideen umzusetzen.

Institutionen sind ein wichtiger Faktor für eine stabile Weltordnung. Sie sind Instrumente der Kooperation. Institutionen verbinden einen langfristigen Zweck mit

einem Verständnis von Gemeinwohl und schaffen ein kollektives Verantwortungsbewusstsein.⁴ Sie bündeln die Erfahrungen vieler über Generationen hinweg und wandeln das Gegensätzliche in ein Einheitliches um. Institutionen sind daher ein wichtiges Werkzeug für die Zivilisierung der Welt. Soll heißen, für eine Welt, in der unterschiedliche Kulturen gleichwertig nebeneinander bestehen, die sich gemeinsamen Regeln verschreibt und auf universelle Zusammenarbeit setzt – und die erkennt, dass man einen Hegemon nicht braucht. Die Beiträge in diesem Band argumentieren, dass sich unser Weltverständnis dahin entwickeln sollte. Die durch die Pandemie ausgelöste Krise kann uns dabei helfen, denn in jeder Krise liegt auch eine Chance. Deutlich wird durch die Pandemie, wie unser eigenes Wohlergehen von dem Wohlergehen der anderen abhängt.

Im Jahr 1986 beschrieb der Soziologe Ulrich Beck den Weg in eine neue Moderne. Er sprach von einer Risikogesellschaft, die sich aufgrund gemeinsam geteilter Risiken zusammenfindet. Für Ulrich Beck entsteht damit eine Solidarität aus Angst. Der Makrosoziologe Heinz Bude spricht von einer Solidarität aus dem Gefühl der Verwundbarkeit, die aus einer Erfahrung wie der Bedrohung durch das Virus kommt.⁵ Solidarität kann uns eine Basis für den Überbau der Interessensgegensätze und der kulturellen Unterschiede bieten. Die Universalität und Übernationalität der heutigen Herausforderungen kann zu einer weltweiten Solidargemeinschaft führen.

Vermehrt blitzt dieses universale Gefühl der Solidarität bereits auf. Es entsteht aus der Erkenntnis unserer gemeinsamen Menschlichkeit, die über Nationen, Zuge-

hörigkeiten und Religionen hinausgeht und Mitgefühl für das Leid unserer Mitmenschen hervorruft. Konkret zeigt sich diese Solidarität in der internationalen Hilfe bei Naturkatastrophen, in der Strafverfolgung von Verstößen gegen Menschenrechte oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie in der globalen Empörung über die ungesetzliche Tötung von schwarzen US-Amerikanern durch die Polizei. Dieses Gefühl der Solidarität begegnet uns mehr und mehr. Wir erfahren es auch in den vielen Bestrebungen nach transnationaler Gleichheit und Gerechtigkeit.

Es geht um eine neue inklusive Solidarität und nicht um eine sich nach außen abgrenzende Solidarität nach dem Motto »wir gegen den Rest der Welt«. Heinz Bude nennt Solidarität »das Rätsel einer eigentümlichen Komplizenschaft, die keinen festen Grund, aber eine existenzielle Erfahrung für sich in Anspruch nehmen kann«. ⁶ Wichtig dabei ist die Erkenntnis, dass zu einer weltweiten Solidargemeinschaft neben dem Menschen auch die Tier- und Pflanzenwelt gehört, dass die Zeit der Ausbeutung der Natur zu einem Ende kommen sollte. Hier ist ebenfalls ein Transformationsprozess im Gang, der sich immer deutlicher im globalen Wechsel zu erneuerbaren Energien zeigt und der sich transnational im CO₂-Zertifikatehandel niederschlägt. Denn die Alternative ist ein neues Zeitalter des Artensterbens, das womöglich sogar die Menschheit umfasst.

Dass der Weg zu universaler Kooperation sich auch konfliktreich gestalten könnte, zeichnet sich bereits ab. Es ist fraglich, ob die unilaterale Weltordnung der letzten Jahrzehnte weiterhin gültig ist. Ist unsere Welt inzwischen bipolar oder eher multipolar? Sind wir auf

dem Weg in ein »post-hegemonisches« Zeitalter? Dass es uns schwerfällt, eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist bereits Beweis genug, dass etwas Neues im Entstehen ist. Das Virus agiert derweil als Katalysator der Transformation. COVID-19 bringt die Gefahr mit sich, die bestehenden Ungleichheiten der Welt zu verschärfen. Regionen, in denen bereits vor der Pandemie Hunger und Armut herrschten, könnten in ihrer Entwicklung noch weiter zurückfallen und ihre Gesellschaften würden vulnerabler werden. Damit würde sich die bereits bestehende Kluft zwischen den Ländern vergrößern, und es steigt die Gefahr, dass die Welt auseinanderfällt. Das kann aber in niemandes Interesse liegen. Heutige Herausforderungen verlangen nach den neuen und erweiterten Kooperationsformen, wie sie im Entstehen sind. Sie sind getragen von einem wachsenden Gemeinwohlverständnis.

Corinne Michaela Flick, im Januar 2021

Anmerkungen

- 1 Convoco Notes, Wie ist der heutige Nationalismus zu verstehen, Newsletter 4. 10. 2020, <https://mailchi.mp/1c8b4f587213/cuso7qcxlg-4449318>, abgerufen am 8. 12. 2020.
- 2 Stefan Koriath, »Legitimität in der neuen Weltordnung«, in diesem Band, S. 49.
- 3 António Guterres, Tackling the inequality pandemic: a new social contract for a new era, Nelson Mandela Annual Lecture, New York 2020, <https://www.nelsonmandela.org/news/entry/annual-lecture-2020-secretary-general-guterres-full-speech>, abgerufen am 29. 10. 2020.
- 4 Roger Scruton, Sein und Sein-Lassen, in: Tun oder Nichttun – Zwei Formen des Handelns, hg. von Corinne Michaela Flick, Göttingen 2015, S. 43-45.

- 5 Heinz Bude und Corinne Flick, Solidarität aus Verwundbarkeit, CONVOCO! Podcast (23), September 2020, <http://convoco.co.uk/de/convoco-podcast-heinz-bude-1>, abgerufen am 24.11.2020.
- 6 Heinz Bude, Solidarität: Die Zukunft einer großen Idee, München 2019, S. 33.

Thesen

Durch COVID-19 sind die neuen Kooperationen und Verbindungen stärker zum Vorschein getreten, ein neues Gefühl der Solidarität findet transnationalen Ausdruck. Der Wert des Gemeinwohls hat eine globale Ausprägung erhalten. Bezugspunkt ist nicht mehr ausschließlich der Nationalstaat. Das bedeutet aber nicht, dass wir nicht auch das Aufkommen starker nationaler Interessen beobachten. Diese gegensätzlichen Entwicklungen gehen Hand in Hand. Auf den ersten Blick scheinen sie sich auszuschließen, doch das Zusammengehören von Paradoxien ist ein entscheidendes Merkmal der neuen Zeit.

Corinne Michaela Flick

Ich halte es in unserer vernetzten Welt für unerlässlich, dass wir vielfältige Stärken, Perspektiven und Methoden bewusst verknüpfen, um gesunde Zukunftsaussichten für uns alle sicherzustellen. Wir brauchen als Weltgemeinschaft einen stärkeren multilateralen Schulterchluss – und deutlich mehr sektorübergreifende Partnerschaften. Denn wir sind mit ernststen globalen Risiken konfrontiert, gegen die ein Land oder eine Gruppe allein wenig ausrichten kann.

Stefan Oschmann

Die neue Allianz von politischen Amtsinhabern und zivilgesellschaftlichen Akteuren muss das entstandene, lähmende politische Lagerdenken überwinden, und zwar nicht mit dem Ziel einer neuen Konformität, sondern gerade umgekehrt mit dem Ziel einer neuen Streitkultur.

Udo Di Fabio

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht produktive Allianzen zwischen Politik und Wirtschaft sollten nicht in erster Linie eine Verflechtung und enge Kooperation zwischen Unternehmensvertretern und politischen Entscheidungsträgern beinhalten, sondern ein geteiltes Bewusstsein für die Spielregeln, die eingehalten werden müssen, damit individuelles Gewinnstreben wirklich dem Gemeinwohl dient.

Clemens Fuest

Eine »Weltregierung«, der kein Mensch entkommen kann, ist eine Schreckensvision – bei aller Anerkennung für deren fantastische technokratische Möglichkeiten, globale Herausforderungen zu bewältigen. Aber die Schaffung eines »Weltvolks«, dessen Angehörige sich einander solidarisch verbunden fühlen und nationale und internationale Institutionen auf globale Gemeinwohlziele verpflichten, wäre ein großer Schritt.

Wolfgang Schön

Internationale Organisationen stehen zunehmend unter öffentlichem Druck. Vor diesem Hintergrund wird argumentiert, dass internationale Organisationen die tragischen Helden der internationalen Politik sind. Wenn sie zu eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, werden sie als Marionetten in den Händen der mäch-

tigsten Staaten im System gesehen. Wenn sie sich hingegen emanzipieren und in eigener Regie handeln, wird ihnen Machtüberschreitung vorgeworfen.

Eugénia C. Heldt

Die Legitimität einer Ordnung bezog sich lange Zeit ausschließlich auf klar begrenzte Gesellschaften, zumeist in Staaten organisiert. Diesen geschlossenen Legitimitätskreisen sind Konkurrenten zur Seite getreten. Eine wachsende Zahl überstaatlicher und globaler privater Organisationen beansprucht für sektorale Aktivitäten und auch bei der Entscheidung über die Organisation der Wirtschaft Legitimität neben oder gegen den Staat. Es bleibt aber Aufgabe der Staaten, Legitimitätsansprüche anzuerkennen oder zurückzuweisen.

Stefan Koriath

In den letzten zehn Jahren hat sich eine einzigartige, globale Legitimitätskrise entwickelt. Normen der Politik, Geopolitik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden herausgefordert. Diese Legitimitätskrise wird sich wahrscheinlich im kommenden Jahrzehnt verschärfen.

Maha Hosain Aziz

Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen im politischen Prozess eine gewichtige Rolle. Unter dem Gesichtspunkt der Partizipation sind sie insbesondere auf internationaler Ebene legitimiert, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Die letztverbindliche Entscheidung über hoheitliche Maßnahmen muss aber den demokratisch legitimierten Organen vorbehalten bleiben.

Rudolf Mellinghoff

Die erst junge Allianz der europäischen Staaten droht bereits wieder auseinanderzufallen. Um dem Einhalt zu gebieten, muss ein neues Narrativ geschaffen werden, nachdem Europa als Friedensbringer und -wahrer an Überzeugungskraft und Attraktivität verloren hat. Dieses neue Narrativ könnte ein Ertrag der Corona-Krise sein, nämlich ein Europa gemeinsamer Rechte und Verantwortlichkeiten.

Christoph G. Paulus

Die Volksrepublik China hat sich zu einem Systemrivalen entwickelt und macht dem Westen in seinem Wohlstandsversprechen Konkurrenz. Angesichts der weiter zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Chinas sollten sich die liberalen Demokratien der Welt zu einer strategischen Allianz D-10 (zehn Demokratien) zusammenschließen, um in dem Systemwettbewerb bestehen zu können.

Sven Simon

Die Digitalisierung hat massive Auswirkungen auf die Arbeitswelt und auf die Geschäftsmodelle großer Unternehmen: Digitale Plattformen sind das Geschäftsmodell des 21. Jahrhunderts. Der Vormachtstellung chinesischer und amerikanischer Unternehmen kann Europa nur mit einer innovationsfreundlichen Infrastruktur und einem gemeinsamen Ansatz begegnen, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Gisbert Rühl

Das Älteste erneut denken: Der Kapitalismus versiegt.

Bazon Brock

Über die systemische Planung der Gesundheitspolitik hinaus müssen wir auch externe Faktoren berücksich-

tigen, zum Beispiel die planetare Gesundheit, ökologische Systeme und die Umweltbedingungen, die einen Einfluss auf die menschliche Gesundheit haben. Wir müssen unser Denken vernetzen und die globale Gesundheit als ein ganzheitliches System verstehen.

Garrett Wallace Brown

Je solidarischer die Weltgemeinschaft bei der Verteilung von Impfstoffen ist, desto kürzer werden die Zeiträume bis zum Erreichen einer ausreichenden Immunität zwischen einzelnen Ländern sein. Bezüglich Immunität gilt dasselbe wie bezüglich Preparedness: das schwächste Glied in der Kette bestimmt den Erfolg für alle.

Lothar H. Wieler

Ob die Pandemie zu neuen Gemeinwohlkonstellationen führt, ist offen. Eines zeigt sie gewiss: Die hohe Zeit der Differenzierungstheoretiker ist vorbei, wenn diese ihre Gemeinwohl voraussetzungen nicht in den Blick nehmen. Eine Umkehrung des Ausgangspunktes ist angesagt.

Timo Meynhardt

Zur Zäsurbildung gehört der gesicherte Blick auf eine Vorvergangenheit. Die Corona-Pandemie besitzt noch kein abgrenzbares Ancien Régime. Dennoch erhöht die Vielzahl der Paradoxien die Wahrscheinlichkeit einer Welt im Umbruch, zwischen Transition und Transformation, nicht revolutionär in einem einzigen Moment entstanden, sondern inkremental durch die allmähliche Entfaltung und die immer längere Dauer der Krise. Wir können heute nicht mehr so sicher sein wie noch vor einem Jahr, ob sich unter der Oberfläche des vermeintlich

THESEN

Bekanntes, der scheinbaren Wiederholung, der präfigurierten Gegenwart, nicht doch ganz Neues ergibt, das den hermeneutischen Rahmen der Kontinuitätserzählung durchbricht.

Jörn Leonhard

Udo Di Fabio

Die neue geopolitische Konstellation: Legitimitätskonflikte zwischen Institution und Aktion

Niemand bestreitet es. Wir stehen in einer neuen geopolitischen Konstellation. Die siebzig Jahre lang gültige, die multilateral geprägte atlantische Weltordnung: Sie verblasst.

Unter der im Allgemeinen sanften Hegemonie der USA hatte sich seit 1945 ein charakteristischer Prozess der Internationalisierung entwickelt. Internationale Organisationen von UNO über EU, ASEAN, IWF, Nato, WTO oder OECD bis hin zu internationalen Gerichtshöfen markieren die Welt überstaatlicher Politik. Von dort aus ließen sich die alten Machtstaaten zunehmend in die Pflicht nehmen. Die fortbestehenden nationalen Primärräume des Politischen wurden durch ein immer dichter werdendes Geflecht aus Verträgen und internationalen Organisationen moderiert und strukturiert. Der jedenfalls theoretisch bestehende absolute Souveränitätsanspruch der Staaten wurde durch das Prinzip wechselseitiger Bindung relativiert. Hier, auf internationalen Konferenzen oder europäischen Ratssitzungen, wurden gemeinsame Ziele formuliert, Absprachen getroffen, Kompromisse erreicht. Es ging um die Gewährleistung offener Handelswege und fairer Handelsbedingungen, Währungs- und Konjunkturfragen,

Rüstungsbegrenzung, gemeinsame Friedenssicherung, Kriegsfolgeneindämmung. Grenzüberschreitende Themen wie Bildung, Bekämpfung von Epidemien, Sicherung der Welternährung, Artenschutz, das Weltklima, die Diskussion über soziale oder ökologische Projekte: All das wuchs bis heute zusammen zu einer überstaatlichen Agenda. Jahrzehntlang verfestigten sich Institutionen des »Global Government«.¹

Nach dem Ende des Kalten Krieges sah es so aus, als ob »Global Government« nicht nur eine technisch kühle Beschreibung für eine zwischenstaatliche Konferenz- und Verhandlungskultur sei, sondern das Zeug dazu habe, eine Art Weltregierung hervorzubringen und allmählich das Ende der Staaten als bestimmende Subjekte der Geschichte einzuläuten. Der scharfsinnige Denker der Spätaufklärung Immanuel Kant hatte in seinem philosophischen Entwurf *Zum ewigen Frieden* die beiden Wege zivilisierter Staatenverbindungen oder einer einheitlichen Weltrepublik konzeptionell ausgelotet.² Thomas Hobbes hatte zuvor den neuzeitlichen absolutistischen Staat des 17. Jahrhunderts gerechtfertigt, also legitimiert mit dem Bild der Menschen im Naturzustand, in dem jeder des anderen Feind sei und das Recht des Stärkeren, also kein Recht herrsche. Freiheit, als individuelle verstanden, war für Hobbes demnach nur möglich, wenn man in den Zustand der Gesetzlichkeit unter der Herrschaft des Rechts und eines Inhabers des Gewaltmonopols – des Leviathans – eintritt. Diese rationale, vernünftige Legitimierung des Staates wendet Kant nunmehr auf einer höheren Ebene, die Welt der Staaten, an. Auch in dieser Welt souveräner Staaten herrscht ursprünglich das ungezügelte Recht des Stär-

keren: mit dem *ius ad bellum*, dem Recht zum Krieg. Der Prozess der Zivilisierung der Staaten bis hin zum internationalen Gewaltverbot³ ist einer, der Gesetzmäßigkeit auch zwischen den Staaten hervorbringt und allmählich dafür Garantien schafft.⁴ Aber Immanuel Kant hat Hobbes nicht einfach nur eine Ebene höher geholt von der Welt der Individuen in die Welt der Staaten. Der Königsberger Philosoph hat doch etwas tiefergehend gedacht als der Staatspraktiker Thomas Hobbes. Denn wäre Kant dem Vorbild Hobbes in der Ebenenverschiebung treu geblieben, so hätte er einen Weltstaat, einen Welt-Leviathan vernunftphilosophisch verlangen müssen. Aber genau das hat Kant nicht getan. Obwohl er im internationalen Friedensgebot die Substanz des Weltbürgerrechts eines jeden Menschen sieht, hält er den Krieg zwischen Staaten notfalls sogar für das kleinere Übel im Vergleich zu einem Weltstaat, der bereits in seiner funktionell notwendigen Distanz zu allen konkreten Lebensverhältnissen und angesichts des Rechts von politischen Gemeinschaften, sich selbst zu verfassen, nur als seelenlose Despotie (»seelenloser Despotismus«) enden könne.⁵

Dennoch konnte man seit 1990 den Eindruck gewinnen, dass eine international vernetzte Elite ein Projekt der Denationalisierung und der Entstaatlichung zugunsten neuer Formen des Regierens mit aller Kraft beförderte. Für manche irreführenden Geister der Gegenwart wirken Außenpolitiker und Diplomaten, Intellektuelle und Unternehmer, NGOs und Wissenschaftsräte, Beamte der EU-Kommission und OECD-Experten oder global operierende politische Stiftungen und Richter internationaler Gerichte wie die Elemente

eines Netzwerks von Geheimgesellschaften mit einer womöglich destruktiven, jedenfalls nicht demokratisch legitimierten Agenda. So ähnlich müssen traditionelle Anhänger des absoluten Königtums oder des Ständestaates die Freimaurer zur Zeit der Aufklärung mit Argusaugen betrachtet haben. Heute fallen Namen wie »Bilderberg-Konferenz«, George Soros oder Bill und Melinda Gates bei jedem Verschwörungstheoretiker, der etwas auf sich hält.

Doch es gibt keine dunkle Verschwörung. Was es über Jahrzehnte hinweg gab, war und ist ein rational begründetes Einverständnis und ein gut gemeinter kosmopolitischer Common Sense, wonach jeder Schritt in supranational verstärkte Bindungen gerechtfertigt ist, und zwar wegen der Gefahren eines neu aufflammenden machtstaatlichen Atavismus. Jeder Mechanismus der Staateneinbindung galt als gut, jede Verstärkung wechselseitiger Abhängigkeiten galt als positiv. Am Ende eines Verhandlungsmarathons in Brüssel konnte Staatspräsident Macron Ende Juli 2020 den Eintritt in eine gemeinsame Verschuldung angesichts der Corona-Hilfsmaßnahmen nicht etwa nur als notwendiges Übel rechtfertigen, sondern ihn als historischen Schritt feiern.

Die Sachzwänge vergangener Integrationsschritte, die als zukunftsweisende Denationalisierung begriffen wurden, wie die Währungsunion oder die gemeinsame Asylpolitik, entfalten heute Wirkungen, die als Entgrenzungsdruck auf klassischen Institutionen lasten – Institutionen wie die Demokratie, das parlamentarische Budgetrecht, die Stabilität von Währungen oder die der Finanzmärkte. Innen und Außen sind eigentümlich verschränkt. Globale Wirtschaft bringt enorme Vor-

teile, aber sie kann auch als exogen nicht beherrschbares Geschehen im Inneren von Staaten erhebliche Anpassungsschwierigkeiten und Kosten verursachen. Die Regierungen reagieren auf globale (exogene) Unsicherheiten, indem sie ihre öffentlichen Ausgaben für die soziale Sicherheit der Binnenwirtschaft erhöhen. Wenn dann eine höhere wirtschaftliche Integration eine höhere globale Unsicherheit hervorruft, kann das die Vorteile der Globalisierung zunichte machen.⁶ Dasselbe gilt aus kultureller Perspektive.⁷ Die Architekten der Überstaatlichkeit haben sich mit guten Gründen als Vertreter der Aufklärung und als Pioniere universeller Menschenrechte und globaler Gemeinwohlbelange verstanden. Aber heute stehen sie reaktiven Gegenkräften gegenüber.

Aber wer waren genau die Akteure dieser multilateralen Weltordnung, die jetzt aus den Fugen gerät? Die wichtigen Akteure auf dieser Bühne waren das diplomatische Personal der Staaten, aber auch internationale Wissenschaftsorganisationen, global operierende Unternehmen, private Hilfsfonds, wirtschaftliche Interessenvertretungen und politisch aufgestellte Nichtregierungsorganisationen. Der große Prozess der Globalisierung fand statt in dieser Rahmenordnung, die sich allmählich selbst stabilisierte und selbstverständlich wurde. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges war diese multilaterale Rahmenordnung stets prekär. Aber ihre rituellen Abläufe und ihre Verhaltensstandards standen doch für eine vorherrschende, linear verlaufende mächtige Tendenz. Über Jahrzehnte ist auch soziologisch und sozialpsychologisch nachweisbar eine internationale Elite entstanden, die in ihren Staaten und